

der Beiträge an die berufliche Vorsorge und, in begrenztem Ausmass, der für die Altersvorsorge zweckgebundenen Einlagen in die dritte Säule. Erleichterungen zugunsten der Familie stehen in parlamentarischer Beratung. Aehnliche Erleichterungen sind von den meisten Kantonen beschlossen worden oder stehen in Vorbereitung.

Vergleiche zwischen der Entwicklung des Ertrages der direkten und indirekten Steuern werden im übrigen durch die bisher übliche Zurechnung der Stempelsteuern zu den Einkommens- und Vermögenssteuern etwas verfälscht. Die Stempelsteuern sind Vermögensverkehrssteuern. Belastet werden nicht die Vermögen, sondern Handänderungen von Wertpapieren und Schaffung von Beteiligungsrechten. Diesem Aspekt ist bei der Beurteilung der Steuerbelastung Rechnung zu tragen.

3. Eine strukturenneutrale indirekte Besteuerung sollte grundsätzlich auch Dienstleistungen erfassen.

4. Der Bundesrat hat am 15. Dezember 1986 den eidgenössischen Räten den Entwurf für ein Subventionsgesetz zugeleitet.

Zur letzten Frage: Die Vorbereitung einer Revision der Finanzordnung des Bundes wird gemäss Entscheid des Bundesrates vom 28. Januar 1987 einen der Schwerpunkte der Regierungsrichtlinien für die nächste Legislaturperiode bilden.

Präsident: Ich frage Herrn Muheim, ob er sich von der Antwort des Bundesrates befriedigt erklären kann.

Muheim: Ich bin nur teilweise befriedigt.

*Schluss der Sitzung um 09.35 Uhr
La séance est levée à 09 h 35*

Fünfte Sitzung – Cinquième séance

**Montag, 9. März 1987, Nachmittag
Lundi 9 mars 1987, après-midi**

18.15 h

Vorsitz – Présidence: Herr Dobler

Präsident: Wir haben heute die Ehre, Herrn Bundesrat Flavio Cotti zum ersten Mal unter uns zu haben. Ich benütze diese Gelegenheit, ihm im Ständerat alles Gute und wenig Aerger zu wünschen.

86.046

Stipendien an Ausländer. Bundesgesetz

Bourses à des étrangers. Loi fédérale

Botschaft und Gesetzentwurf vom 3. September 1986 (BBI III, 165)
Message et projet de loi du 3 septembre 1986 (FF III, 157)

*Antrag der Kommission
Eintreten*

*Proposition de la commission
Entrer en matière*

Matossi, Berichterstatter: Im Jahre 1958 richtete die Schweizerische Hochschulrektorenkonferenz eine Eingabe an die Bundesbehörden zugunsten von Stipendien für ausländische Studierende an Hochschulen. Wenn wir die Botschaft des Bundesrates von damals – vom Jahre 1960 – mit der vorliegenden vergleichen, finden wir für diese Vorhaben praktisch die gleichen Begründungen und Zielsetzungen: Stipendien an Studierende aus Entwicklungsländern als begleitende Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit in den betreffenden Staaten; Stipendien an Studierende aus Industrieländern, weil – im Gegensatz zu Stipendien für Drittweltstaaten – auf die Einhaltung des Grundsatzes der Gegenseitigkeit geachtet wird. Dadurch erhalten unsere Studenten vermehrt Gelegenheit, ihre Ausbildung ins Ausland zu verlegen, dort zu verbessern oder zu ergänzen. Wie bisher sollen Stipendien qualifizierten ausländischen Nachwuchskünstlern zu einer Weiterbildungsmöglichkeit in unserem Lande verhelfen.

Auf solche kulturelle Kontakte kann kein Land verzichten. Es ist immer ein Geben und ein Nehmen. Diese Ausdehnung auf die jungen Kunstschaffenden erfolgte erst im Jahre 1975.

Aufgrund des ersten Bundesbeschlusses vom März 1961 gewährt der Bund begabten Studenten ein- oder mehrjährige Stipendien. Heute wie damals schon beriet eine gemischte Kommission den Bundesrat über die Verteilung dieser Stipendien. Diese belasteten die Bundeskasse für die ersten fünf Jahre mit total neun Millionen oder 1,8 Millionen pro Jahr, für die letzte Abrechnungsperiode 1981/83, also 20 Jahre später, mit 3,3 Millionen pro Jahr. Das ist gemessen an der Bedeutung dieser Aktivitäten des Bundes und unter Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Teuerung ein recht bescheidener Betrag; der direkte Nutzen dieser Massnahme ist gerade für die Entwicklungsländer offenkun-

dig, besteht doch dort ein grosses Bedürfnis nach Ausbildung einheimischer Kader.

Die Rechtsgrundlage für die Gewährung der Kredite bilden bisher befristete Bundesbeschlüsse. Der geltende Bundesbeschluss aus dem Jahre 1983 läuft am 31. Dezember dieses Jahres ab. Zur Fortsetzung der erfolgreichen Aktionen bedarf es daher einer neuen rechtlichen Basis.

Aufgrund der bisherigen guten Erfahrungen sowie des ausgewiesenen Bedürfnisses möchte der Bundesrat in Zukunft diese Aktivitäten auf ein unbefristetes, dem fakultativen Referendum unterstehendes Bundesgesetz mit zehn Artikeln abstützen.

Unsere Kommission hat es begrüsst, dass ein Rahmengesetz nur die grundsätzlichen Regeln für die Gewährung von Stipendien enthält. Einzelheiten, welche erfahrungsgemäss raschen Veränderungen unterworfen sind, sollen auf Verordnungsstufe bestimmt werden. Dies betrifft in erster Linie die Höhe der Stipendien, die vorgesehenen Zulagen und weitere Leistungen.

Noch einige Worte zu Kosten und Finanzierung. Die monatlichen Stipendienbeträge für Hochschulabsolventen sind gegenwärtig auf 1050 bis 1250 Franken festgelegt. Auf den ersten Blick – und wenn man Vergleiche mit kantonalen Stipendien zieht – erscheinen diese Beträge etwas hoch. Man muss aber bei solchen Vergleichen bedenken, dass die Kantone ihre Stipendien nach dem Grundsatz zumutbarer Eigenleistungen des Bewerbers beziehungsweise seiner Eltern ausrichten und zudem ausländische Studenten keine Möglichkeit haben, während den Wochenenden und oft auch während den Semesterferien nach Hause zurückzukehren.

Wie bereits erwähnt, ist die jährliche Kreditsumme im Moment auf 3,3 Millionen begrenzt. Im Voranschlag für 1986 sind 4,4 Millionen eingestellt. Gemäss Finanzplan stehen 1987 4,5 und 1988 4,9 Millionen zur Verfügung beziehungsweise werden in den betreffenden Voranschlägen eingestellt.

Mit diesen Beträgen kann die Aktion «Stipendien für ausländische Studenten» leider noch nicht auf das erwünschte Mass ausgebaut werden. Der Bundesrat hat diesbezüglich folgende Vorstellungen und Ziele:

Aufgrund der Vorstellung der Empfängerländer, aber auch der eigenen Austauschbedürfnisse, kann man die wünschbare Höchstzahl für Stipendien festlegen. Danach wären 130 jährliche Neustipendien – wie bisher je zur Hälfte an Entwicklungsländer und Industrieländer – angemessen. Hinzu kämen aufgrund von Erfahrungen rund 200 ganzjährige Verlängerungen, was eine Gesamtzahl von 330 Stipendien pro Ausbildungsjahr ergibt. Zum Vergleich: 1982/83 waren es 180 und 1985/86 245 Stipendiaten.

Es ist bedauerlich, dass dieses Ziel mit Rücksicht auf die Finanzierungsmöglichkeiten des Bundes im Moment nicht erreicht werden kann. Man müsste sich allen Ernstes überlegen, ob nicht etwas von den reichlich fliessenden DEH-Krediten, also der Direktion für Entwicklungshilfe und technische Zusammenarbeit, für diese zweckmässige und sicher sehr wirkungsvolle Art von Entwicklungshilfe abgezweigt werden könnte.

Nur kurz noch ein paar Worte zur Arbeit der Kommission. Die Vorlage fand in der Kommission «Wissenschaft und Forschung» eine gute Aufnahme. Ausgiebig diskutiert wurden vor allem die Fragen der Rückkehr der Stipendiaten nach Abschluss ihrer Ausbildung in ihre Heimatländer und die Frage der Finanzierung dieser Stipendienaktionen.

Zum ersten finden Sie in der Botschaft keine konkreten Angaben. Wir erfuhren aber von Herrn Bundesrat Cotti, dass der Bundesrat diesem Punkt eine ganz grosse Bedeutung beimisst, vor allem wenn es sich um Stipendiaten aus Entwicklungsländern handelt. Im Gesetz, im Artikel 4 Absatz 2, trägt der Bundesrat diesem Anliegen Rechnung. Ich zitiere: «Voraussetzung für die Gewährung von Stipendien: Bei Bewerbern aus Entwicklungsländern wird ausserdem geprüft, ob die gewählte Ausbildung für die Entwicklung des betreffenden Landes von Nutzen ist und» – jetzt kommt das Entscheidende – «... ob hinreichende Gewähr

besteht, dass sie nach Abschluss der Ausbildung in ihr Heimatland zurückkehren und dort die erworbenen Kenntnisse sinnvoll verwenden können.»

Im Moment beträgt die sogenannte Rückkehrquote rund zwei Drittel der Stipendiaten. In der Diskussion um die Finanzierung wurde allgemein bedauert, dass im Moment nicht mehr Mittel zur Verfügung stehen. Wenn schon der Bundesrat in seiner Botschaft auf Seite 3 festhält, dass Stipendien an Studierende aus der Dritten Welt vor allem eine Massnahme der Entwicklungszusammenarbeit mit den betreffenden Staaten sei, kann man sich ernsthaft fragen, ob nicht ein bescheidener Anteil von einigen Millionen pro Jahr den reichlich dotierten Rahmenkrediten für Entwicklungshilfe und technische Zusammenarbeit, bezogen aus den DEH-Krediten, anzulasten wäre. Die gesetzlichen Grundlagen fände man möglicherweise im Zweckartikel 1 des zur Diskussion stehenden Bundesgesetzes. Damit hätte der Bundesrat die Möglichkeit, die Stipendienaktionen auf das von ihm gewünschte Ausmass auszubauen und sein in der Botschaft Seite 8 erklärtes Ziel, jährlich 130 Neustipendien zu gewähren, sehr rasch zu verwirklichen.

Unsere Kommission empfiehlt Ihnen einstimmig, auf dieses Gesetz einzutreten. In der Gesamtabstimmung stimmten wir dem Gesetzesentwurf mit 8 zu 1 Stimme zu. Auf zwei kleine Aenderungen, die wir Ihnen beantragen, trete ich in der Detailberatung ein.

M. Cotti, conseiller fédéral: Je vous remercie avant tout pour les paroles courtoises que vous m'avez adressées, Monsieur le président, et j'espère que nos relations vont se poursuivre dans cet esprit.

Je suis tout à fait convaincu du caractère restreint et des limites objectives du projet qui vous est soumis. J'essaierai donc de vous en exposer très brièvement quelques points afin de ne pas donner plus d'importance au sujet qu'il n'en a réellement. Je voudrais cependant vous communiquer les deux objectifs principaux que poursuit le Conseil fédéral avec ce message: le premier est de continuer une action qui a fait ses preuves – M. Matossi vous a déjà dit lesquelles – le deuxième est de réaliser, du moins partiellement, quelques modifications d'ordre formel mais néanmoins importantes sur le plan de la structure et de l'organisation des bourses. La première question qui se pose est de savoir s'il faut perpétuer ce système de bourses d'études. Ce système existe depuis un quart de siècle et il a fait ses preuves. Il est inutile de vous rappeler la signification des échanges entre étudiants et hommes de science, entre notre pays et les autres pays européens ainsi que les pays du tiers monde. Ces échanges sont la condition même du progrès scientifique et culturel. Le Conseil fédéral est d'avis qu'il faut les poursuivre. Ils ont en effet une importance particulière, pour un petit pays tel que le nôtre, qui se doit d'échanger ses propres étudiants avec ceux d'autres pays d'Europe ou d'outre-mer. Ce que nous entreprenons aujourd'hui ne sera pas seulement consenti en faveur des hommes qui rejoindront notre pays mais pourra bénéficier aussi aux étudiants et aux hommes de science suisses qui iront à l'étranger. Vous savez qu'il y a toujours sur ce plan une certaine réciprocité qu'il convient de cultiver, surtout face aux autres pays occidentaux et européens en général, moins face aux pays du tiers monde auxquels on ne peut évidemment pas demander une réciprocité intégrale. Le troisième aspect concerne en particulier ces pays du tiers monde. Notre action y est liée, du moins indirectement, aux efforts que nous entreprenons pour l'évolution des pays en voie de développement, pour le tiers monde. Cet aspect mérite aussi d'être considéré, toujours dans les limites, financières même, de cette opération.

M. Matossi a souligné les problèmes relatifs au «brain-drain», donc à l'assurance qu'on devrait avoir du retour aussi rapide que possible des jeunes du tiers monde dans leur pays afin qu'ils y apportent les connaissances qu'ils ont acquises chez nous. Cependant, vous avez pu lire dans le message que ce problème-là, s'il mérite d'être suivi, n'est tout de même pas dramatique. Vous avez vu les chiffres qui

figurent dans le message et qui indiquent qu'une majorité de jeunes étudiants du tiers monde rentrent chez eux.

Un autre aspect est celui du rapport coûts/bénéfices de cette opération. M. Matossi a déjà dit que les coûts sont relativement modestes. Cette opération au coût modeste nous apporte tout de même, du point de vue des bénéficiaires, des résultats qui méritent d'être notés.

C'est la raison pour laquelle j'arrive au deuxième aspect, aux petites modifications qui sont introduites dans le projet par rapport à la situation actuelle. Nous entendons vous proposer au moins trois modifications d'ordre organisationnel. La première concerne la transformation de l'arrêté fédéral en une loi fédérale. Après vingt-cinq ans d'expérience positive, il faut fixer ce système qui a fait ses preuves dans une loi fédérale de caractère durable. La deuxième proposition du Conseil fédéral a pour but d'accorder à la Commission fédérale des bourses la compétence d'attribuer des bourses. C'est, à mon avis, une chose tout à fait faisable, qui ne peut porter atteinte à la situation actuelle; en effet, on me dit – je n'ai pas encore eu l'occasion de signer des actes de ce genre – que le chef du département ne fait au fond que recueillir et transmettre les propositions faites par la Commission des bourses. Mais si la commission préfère laisser cette compétence au Département de l'intérieur, nous serons tout à fait d'accord de continuer comme par le passé. Cela signifie simplement que nous reprendrons les propositions de la commission et que nous apposerons quelques signatures supplémentaires.

Troisième aspect, la nouvelle réglementation applicable aux cours préparatoires de langue de Fribourg. C'est à mon avis un progrès évident, qu'il faut saluer. Il est réjouissant de voir que les cantons se sont déclarés prêts à prendre en charge 30 pour cent des frais non couverts par les taxes de cours. La participation financière des cantons nous paraît tout à fait raisonnable. Nous sommes heureux de constater que les cantons entendent assumer à cet égard également leurs responsabilités.

Je vous prie donc d'accepter la proposition qui vous est faite et de contribuer à la continuation d'une action qui a fait ses preuves et qui mérite notre appui.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière*

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1 bis 6
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1 à 6
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 7
Antrag der Kommission
Streichen
Proposition de la commission
Biffer

Matossi, Berichterstatter: Bei diesem Artikel 7 haben Sie die Anträge der Kommission vor sich. Hier ist ein Fehler unterlaufen. Es sollte nicht heissen «Artikel 7 streichen», sondern «Artikel 7 ersetzen durch den bisherigen Artikel 5». Die Begründung ist einfach: Unsere Kommission war der Ansicht – Herr Bundesrat Cotti hat kürzlich davon gesprochen –, es solle davon abgesehen werden, diese Stipendienkommission zu einer Behördenkommission aufzuwerten und ihr auch entsprechende Entscheidungsfunktionen zu übertragen. Die dafür in der Botschaft angeführte Begründung hat die Kommission nicht überzeugt; wir sind deshalb der Ansicht, dass wir diesen Artikel 7 streichen und an seine Stelle den bisherigen Artikel 5 einfügen müssen. Dieser Arti-

kel lautet: «Das Eidgenössische Departement des Innern gewährt die Stipendien; Hochschulstipendien gewährt es auf Antrag der Eidgenössischen Stipendienkommission.»

Angenommen – Adopté

Art. 8
Antrag der Kommission
Abs. 1 und 2
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 3
Streichen

Art. 8
Proposition de la commission
Al. 1 et 2
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 3
Biffer

Matossi, Berichterstatter: Bei Artikel 8 kann Absatz 3, in dem die Geschäftsordnung der Kommissionsarbeit umschrieben wird, ersatzlos gestrichen werden. Das hängt mit unserer Aenderung bei Artikel 7 zusammen.

Angenommen – Adopté

Art. 9, 10
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Gesetzentwurfes 36 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat – Au Conseil national

Ad 85.233

**Motion des Nationalrates
(Kommission für Wissenschaft und
Forschung)
Stipendien. Aenderung des Bundesgesetzes
Motion du Conseil national
(Commission de la science et de la
recherche)
Bourses d'étude. Révision de la loi**

Wortlaut der Motion vom 9. Oktober 1986
Der Bundesrat wird eingeladen, den eidgenössischen Räten eine Revision des geltenden Bundesgesetzes vom 19. März 1965 über die Gewährung von Beiträgen an die Aufwendungen der Kantone für Stipendien vorzulegen. Die Revision soll insbesondere vorsehen:
1. Die Leistungen von Bund und Kantonen sind so zu bemessen und der Verteilschlüssel ist so festzulegen, dass es möglich ist, angemessene Stipendien auszurichten.
2. Die heutigen Unterschiede der Stipendienleistungen sind möglichst auszugleichen durch entsprechende Ausgestaltung der Subventionsbedingungen.
3. Die Voraussetzungen für die Gewährung von Stipendien, insbesondere der Kreis der Empfänger, die Stipendienbe-

Stipendien an Ausländer. Bundesgesetz

Bourses à des étrangers. Loi fédérale

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1987
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	05
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	86.046
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	09.03.1987 - 18:15
Date	
Data	
Seite	52-54
Page	
Pagina	
Ref. No	20 015 362

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.